

EXTRABLATTE

Lesen, wie es
wirklich ist!

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2019



Das Erfolgsmodell Schweiz 3

Interview
mit alt Bundesrat
Christoph Blocher



Masseneinwanderung 6-7

Arbeit muss sich
wieder lohnen!



Kanton Wallis 9-16

Alles Wissenswerte
zu den National-
und Ständeratswahlen



Für eine freie und sicherere Schweiz

Unabhängigkeit, Wohlstand und persönliche Freiheit, aber auch Sicherheit müssen immer wieder neu erkämpft werden. Nur so können wir unsere schöne und einmalige Schweiz mit ihren Werten und Tugenden erhalten. Es ist naheliegend, dass viele am Wohlstand der Schweiz teilhaben wollen. Auch die zentralistische EU. Wer jedoch will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, geht am 20. Oktober an die Urne und wählt SVP.

Die Konsequenzen der ungesteuerten Massenzuwanderung von einer Million mehr Menschen in den letzten 13 Jahren sind für unsere Bürgerinnen und Bürger täglich spürbar: Staus auf den Strassen, herumlungernde, betrunkene und gewalttätige Asylsuchende und jugendliche Migranten sowie verbaute Grünflächen, steigende Gesundheits- und

Sozialhilfekosten. Respektlosigkeit und Gewaltandrohung gegenüber Polizisten, Lehrerinnen, Pflegefachfrauen, Sozialarbeiterinnen und jungen Frauen im Ausgang sind an der Tagesordnung. Verunsicherung wird aber auch ausgelöst durch die Sorge um den Arbeitsplatz, den Lohn und die Zukunft unserer Kinder.

Für eine sichere und freie Zukunft des Landes braucht es deshalb mehr SVP in Parlament und Bundesrat. Entsprechend wichtig sind die National- und Ständeratswahlen 2019. Mit dem Slogan «Frei und sicher» bringt die SVP ihr Programm auf den Punkt: die Stärkung der Identität der Willensnation Schweiz. Wir setzen uns für unsere Heimat ein. Wir halten

Wort und versprechen der Schweiz keine Unterwerfung unter die EU. Nur die SVP setzt sich für die Steuerung der Zuwanderung ein sowie für die Stärkung des arbeitenden Mittelstands durch tiefe Steuern, Abgaben und Gebühren und weniger Vorschriften. Um dies zu erreichen, muss die SVP die mit Abstand stärkste Partei bleiben.



Frei und sicher.

www.svp.ch
Nationalratswahlen 2019
SVP 17
SCHWEIZER QUALITÄT
Die Partei des Mittelstandes

**Haben Sie Fragen
zu den Wahlen?**

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren.

**Gratis-Hotline:
0800 0 1291 0**

Täglich von 09.00 bis 18.00 Uhr
sind wir für Sie da.

**Fragen per Mail:
wahlen@svp.ch**

Kommentar

Sie entscheiden!

Bereitet Ihnen der Ausverkauf des Erfolgsmodells Schweiz und unserer Heimat Sorge? Haben Sie genug von der grenzenlosen Einwanderung, von den vielen Asylanten, die in der Schweiz nur ein angenehmeres Leben suchen, oder von der ausufernden Kriminalität? Die Medien verschweigen, wie es wirklich ist. Wahr ist, dass die unkontrollierte Zuwanderung unsere Gesellschaft dramatisch verändert. Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen ist es bei all den fremdsprachigen Schülern schwierig, Lernziele zu erreichen.

Die SVP will das stoppen und die Zuwanderung beschränken. Alle anderen Parteien und Verbände inklusive Gewerkschaften werden einer EU-Teil-



Albert Rösti
Präsident SVP Schweiz

Fortsetzung auf Seite 2



Alles zu den National- und Ständeratswahlen im

Kanton Wallis Seite 9-16

Kommentar

Fortsetzung von Seite 1

mitgliedschaft der Schweiz zustimmen und damit unsere Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aufgeben – auch bei der Zuwanderung.

Oder haben Sie genug, weil die in Bern sowieso machen, was sie wollen? Sie können das alles ändern. Sie können am 20. Oktober 2019 mit Ihrer Stimme dazu beitragen, dass sich die Mehrheitsverhältnisse verschieben und Ihre Anliegen in ausländer- und europapolitischen Fragen endlich umgesetzt werden.

Der 20. Oktober 2019 ist eine Richtungswahl. Dann entscheiden wir Schweizerinnen und Schweizer über die Zukunft unseres Landes – und das nicht nur für die nächsten vier Jahre. Sie entscheiden! Wenn Sie ein klares Zeichen gegen die masslose Zuwanderung setzen wollen, wenn Sie eine stärkere Anbindung der Schweiz an die EU wollen, wenn Sie wollen, dass die Schweiz ein selbstbestimmtes, sicheres und freies Land bleibt, dann wählen Sie am 20. Oktober SVP.

Albert Rösti

Albert Rösti,
Präsident SVP Schweiz



Was ist die wichtigste Herausforderung für die Schweiz in den nächsten Jahren?

Ueli Maurer: Wir hatten jetzt wirtschaftlich eine sehr gute Zeit. Da wird man etwas sorglos. Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da. Das Gleiche gilt für die Regulierung. Wenn es gut läuft, glaubt man, man könne den Unternehmen beliebig Vorschriften machen und Lasten aufbürden. Die grosse Herausforderung ist, dieser Versuchung zu widerstehen. Wenn wir mit unserem Geld verantwortungsvoll

« Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da. »

umgehen und unseren Leuten und Unternehmen nicht ständig neue Vorschriften machen, dann kommt es gut!

Guy Parmelin: Die Schweiz muss wirtschaftlich konkurrenzfähig bleiben, damit der Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt.

Unsere Bundesräte zur Zukunft der Schweiz



Guy Parmelin

Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)

Ehemaliger Landwirt und Winzer

Dazu müssen sich die Unternehmen jeglicher Grösse und Ausprägung entfalten können. Das heisst möglichst wenig administrative Belastungen und möglichst viel unternehmerischer Freiraum. Das bedeutet aber auch, Sorge zu tragen zu einer guten Berufsbildung, um für die stetigen Veränderungen im Arbeitsmarkt gerüstet zu sein.



Ueli Maurer

Bundespräsident, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD)

Ehemaliger Geschäftsführer Zürcher Bauernverband

Sie kommen mit vielen Leuten in Kontakt, wo drückt der Schuh am meisten?

Ueli Maurer: Viele haben den Eindruck, dass sie langsam und schleichend ihre Heimat verlieren, dass sie im eigenen Land nicht mehr richtig zu Hause sind, dass in Frage gestellt wird, was ihnen wichtig ist. Und ich höre immer wieder: «Aber

denen in Bern ist das egal.» Das sorgt für Frustration; man fühlt sich ignoriert oder sogar als «Rassist» in die Extremisten-Ecke gestellt. Wir müssen wieder offen über Probleme reden können, sonst steht die Glaubwürdigkeit der Politik auf dem Spiel.

Guy Parmelin: Viele Menschen beklagen sich, dass ihnen, trotz enormen Anstrengungen im Beruf nicht mehr im Portemonnaie bleibt. Das relativ schwache Produktivitätswachstum und zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge. Hier müssen wir

« Zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge. »

ansetzen und bei unseren politischen Entscheiden vorab die Lebensqualität der Menschen im Auge behalten.

Frei und sicher.

SVP wählen!



www.svp.ch

Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'059'604 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, Shutterstock, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Freiheit und Sicherheit statt Gleichmacherei und Umverteilung

Von Thomas Aeschi, Nationalrat und Fraktionspräsident, Baar (ZG)

Wofür steht die Schweizerische Volkspartei? Für eine Schweiz in Sicherheit und Freiheit. Für eine selbstbestimmte, unabhängige und neutrale Schweiz mit einer gelebten direkten Demokratie und einem ausgeprägten Föderalismus. Für eine Schweiz, in welcher jeder Bürger eigenverantwortlich handelt und einen starken Mittelstand, der tagtäglich zur Arbeit fährt und seine Kinder selbst erzieht.



Doch was wollen die Sozialisten aller Parteien? Sie wollen einen noch grösseren und noch mächtigeren Staatsapparat, in dem die Beamten in Bern – es sind heute schon mehr als 35'000 – dem Bürger vorschreiben, wie er sein Leben zu gestalten hat. Und in dem Steuern, Abgaben und Gebühren immer noch weiter wachsen müssen, um für den immer noch grösseren Staatshaushalt aufzukommen. Sie wollen immer noch mehr Gleichmacherei und Umverteilung – dies auf Kosten des arbeitenden und steuerzahlenden Mittelstandes.

Das will die SVP nicht. Wir wollen, dass auch künftige Generationen in einer freien und selbstbestimmten Schweiz in Frieden und Wohlstand leben dürfen.

Bald noch weniger im Portemonnaie?

Hier erfahren Sie, wie
der rot-grüne Raubzug
auf Ihr Geld konkret aussieht:



Höhere Benzinpreise: **Zusätzlich 12 Rappen pro Liter!**

Aufs Jahr hochgerechnet macht dieser Preisaufschlag für einen Familien- und Pendlerhaushalt bei 20'000 km im Jahr und einem Verbrauch von ca. 9 Liter/100 km rund Fr. 270.– aus.

plus Fr. 270.–



Zusätzliche CO₂-Abgaben für Heizöl: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, die Öko-Abgabe pro Tonne CO₂ auf Fr. 210.– oder

von 25 Rappen **auf 54 Rappen pro Liter Heizöl zu verdoppeln!**

Das ergibt für einen Haushalt in einer Mietwohnung von 100 m² und einem durchschnittlichen Verbrauch von 21 l/m²/Jahr einen Zuschlag von Fr. 1'134.–.

plus Fr. 1'134.–



Flugticketabgabe von 30 bis 120 Franken pro Flug:

Beispielflug nach London für eine vierköpfige Familie statt Fr. 400.– **neu Fr. 600.– bis 800.–!**

plus Fr. 400.–



Verbot von Ölheizungen: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, dass bestehende Bauten nur noch massiv weniger Emissionen ausstossen dürfen. Das lässt sich praktisch nur mit einem Verbot von Ölheizungen erreichen. Die auf die Mieter abgewälzten Umrüstungskosten betragen im Durchschnitt **Fr. 1'128.–!**

plus Fr. 1'128.–



**Mehrkosten pro
Haushalt und Jahr**

«Das Erfolgsmodell der Schweiz heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung»

EU-Rahmenvertrag – Personenfreizügigkeit – Zukunft der Schweiz – Bedeutung der Nationalratswahlen – Greta Thunberg. EXTRABLATT sprach mit alt Bundesrat Christoph Blocher über die aktuellen Herausforderungen der Schweiz.

Warum geht es der Schweiz wirtschaftlich besser als anderen Ländern?

Weil die Schweiz einen Vorsprung an Freiheit, Sicherheit und Selbstverantwortung hat. Ihr Erfolgsmodell heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung. Darum ist die Schweiz nicht Mitglied der EU. Dieses Erfolgsmodell soll jetzt unterwandert oder sogar zerstört werden. Ich bin sehr besorgt!

Die Wirtschaft läuft und läuft, die Menschen haben Arbeit... und Sie sorgen sich um die Schweiz?

Menschen, Unternehmen und Länder ruinieren sich in guten Zeiten.

Die Schweiz exportiert doch viel ins Ausland. Muss sie da nicht globalisierter werden, sich der EU anpassen?

Swatch-Chef Nick Hayek sagt es am deutlichsten: Die Schweiz müsse sich sicher nicht den Rahmenbedingungen

weder den Vertrag nicht gelesen oder verfolgt rücksichtslos eigene Geld- und Machtinteressen auf Kosten unseres Landes und unserer Wohlfahrt.

Nicht nur die Wirtschaftsverbände, auch Universitäten und Studenten sind für einen Rahmenvertrag.

Ja, ja. Diese wollten uns schon 1992 in die EU treiben. Jugendliche Visionsfreude in Ehren, aber Erfahrung und Vernunft zeigen hier einen anderen Weg. Das Volk hat zum Glück schon 1992 Nein zum EU-Beitritt gesagt.

Aber der Bundesrat sagt, ohne einen Rahmenvertrag werden wir in der EU diskriminiert werden.

Das ist dummes Zeug. Damit droht man uns seit 30 Jahren. Die EU exportiert mehr in die Schweiz als die Schweiz in die EU. Einen derartigen Kunden diskriminiert keiner.

Kann sich die Schweiz dem überhaupt entziehen?

Sicher. Wenn die Schweiz will und es klar zum Ausdruck bringt, ist das einfach! Die Schweiz hat schon viel härtere Zeiten überstanden, ohne sich aufzugeben.

Wie soll es mit der Schweiz ohne dieses Abkommen weitergehen?

Ganz einfach: Wie bisher den bewährten schweizerischen Weg gehen. Weltoffen sein – aber die Staatssäulen nicht preisgeben. Die schlechten Tage stehen bereits vor der Tür. Die Geschichte zeigt: Wir werden diese am besten überstehen, wenn wir uns treu bleiben!

Mit der Begrenzungsinitiative will die SVP die Personenfreizügigkeit beenden – die Gegner sagen, das schade der Wirtschaft.

Diese Initiative will endlich die exzessive Zuwanderung begrenzen. Die Zuwanderung soll eigenständig gesteuert werden, so wie es das Schweizer Volk und die Kantone beschlossen haben. Die rücksichtslose Classe politique hat

Sehen Sie das nicht alles zu schwarz?

Nein, mit diesem Unterwerfungsvertrag würde die EU nicht nur für die Schweiz die Gesetze machen. Im Streitfall würde auch der EU-Gerichtshof entscheiden. Wir Schweizer müssten uns zu fremdem Recht und zu fremden Richtern verpflichten. Wollen wir wirklich – auch gegen unseren Willen – dass beispielsweise unsere Ver-

kehrspolitik durch die EU bestimmt wird? Soll die EU unsere Landwirtschaftspolitik bestimmen? Oder darüber, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? Soll die EU bestimmen, wie wir unsere Kantonalbanken organisieren? Oder unsere Steuern? Wie viele Milliarden sollen wir – auch gegen unseren Willen – an die EU zahlen?

« Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? »



der EU anpassen. Die EU solle sich denen der Schweiz annähern. Das stimmt: Wir haben objektiv die besseren Rahmenbedingungen.

Aber mit dem Rahmenvertrag müssten wir ja nicht der EU beitreten, sondern nur an die EU andocken.

Der Rahmenvertrag will, dass die EU für die Schweiz die Gesetze erlässt – auch gegen den Willen der Schweizer Bürger. Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? Mit Ausnahme der SVP wollen dies alle anderen Parteien!

Und Wirtschaftsverbände, auch Manager, wollen den Vertrag unterzeichnen.

Ja, leider! Obwohl sie wissen, dass dieser Rahmenvertrag die Schweiz in die EU führt. Nein, wer einen solchen Vertrag unterzeichnen will, hat ent-



Schweiz dank der unbeschränkten Personenfreizügigkeit und der verantwortungslosen Asylpolitik – sogar bei guter Wirtschaftslage – eine höhere Arbeitslosenquote als Deutschland! Jetzt wackelt die gute Wirtschaftssituation. Müssen wir warten, bis die Schweiz in der Arbeitslosigkeit versinkt? Ich finde, nein, wir sollten endlich handeln.

laissez aller» herrscht in der Asylpolitik. Die Bevölkerungszunahme der Schweiz seit 2007 beträgt eine Million mehr! Vom Dichtstress und der extensiven Bautätigkeit nicht zu reden!

Warum ist es so wichtig, dass die SVP die Wahlen gewinnt?

Wenn die SVP verliert, hat sie im Parlament weniger Sitze und damit wäre das Bollwerk gegen all den Unsinn, der in Bundesbern gegen unsere Freiheit und Sicherheit beschlossen wird, geschwächt. Dann werden in Bundesbern noch mehr Bürokratie, noch mehr Steuern, Abgaben und Gebühren und Verbote beschlossen. Das heisst: Den Menschen in der Schweiz wird es schlechter gehen – vor allem dem Mittelstand.

« Soll die EU bestimmen, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? »

Die Schwedin Greta Thunberg ist etwa im Alter Ihrer Enkel – was würden Sie der jungen Klimaaktivistin sagen, wenn Sie ihr begegneten?

«Guten Tag Frau Thunberg, schön, dass Sie sich für ein gutes Klima einsetzen. Sorgen wir für gute Luft, gesundes Wasser, gesunde Böden, aber ohne kopflose, sehr kostspielige, unverhältnismässige Massnahmen, die erst noch nichts nützen. Denn diese werden dazu führen, dass die Menschen sowohl Freiheit und Sicherheit verlieren und dabei verarmen!»



den Verfassungsauftrag jedoch machtbesoffen missachtet und sogar ins Gegenteil verkehrt. Die EU hat sich bisher geweigert, zu verhandeln. Das verlangt nun die Begrenzungsinitiative. Nur wenn die EU nicht Hand bietet, muss die Kündigung der Personenfreizügigkeit in Kauf genommen werden. Das schadet der Wirtschaft nicht. Die Berufsleute, die man in der Schweiz braucht, werden weiterhin kommen, das gilt auch für Grenzgänger. Da können wir von der Wirtschaft beruhigt sein!

Nicht mehr möglich sein soll dagegen all die missbräuchliche Zuwanderung, die zu Erwerbslosen und horrenden Sozialkosten führt. Schon heute hat die

Aber die Schweiz braucht doch Fachkräfte aus dem Ausland – wie soll dies ohne Personenfreizügigkeit geregelt werden?

Wenn man die Fachkräfte in der Schweiz nicht findet, dann können sie kommen. Kurzarbeiter sind für eine beschränkte Zeit zugelassen. Das hat die Schweiz von 1971 bis 2007 mit grossem Erfolg getan. Dann hat die EU der Schweiz die Personenfreizügigkeit aufs Auge gedrückt. Man versprach den Schweizern, dass nicht mehr als 8'000 bis 10'000 Einwanderer pro Jahr kämen. Es kamen jedoch netto über 65'000 pro Jahr, und die Sozialkosten explodierten. Das selbe «laissez faire –

Christoph Blocher – kurz & bündig

Geboren: 11. Oktober 1940 in Zürich, aufgewachsen in Laufen am Rheinflall – **Heimatort:** Meilen/ZH und Schattenhalb/BE, Ehrenbürger von Lü im Val Müstair – **Wohnort:** Herrliberg/ZH, verheiratet, 4 Kinder, 12 Enkelkinder – **Ausbildung:** 2 Jahre landwirtschaftliche Lehre in Ossingen/ZH, Jus-Studium in Zürich, Montpellier und Paris, Promotion zum Doktor beider Rechte – **Berufliche Karriere:** Eintritt in die Rechtsabteilung der EMS-Chemie nach Abschluss des Studiums, Direktionsvorsitzender der EMS-Chemie AG (ehemals Emser Werke), Übernahme der Aktienmehrheit der EMS-Chemie Holding AG, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der EMS-Chemie Holding AG, Medienunternehmer – **Militärische Laufbahn:** Oberst, ehemaliger Kdt Ls Rgt 41 – **Politischer Werdegang:** Mitbegründer des «Studentenrings» an der Universität Zürich, Mitglied des Gemeinderates Meilen, Kantonsrat, Präsident der SVP des Kantons Zürich, Nationalrat, Präsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), Bundesrat und Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes, Präsident des Komitees gegen den schleichenden EU-Beitritt, 2018 Rücktritt von allen politischen Mandaten

Stoppt die EU-Trickser im Bundeshaus

Von Nationalrat und Ständeratskandidat Roger Köppel, Chefredaktor und Herausgeber der Weltwoche

Im Mikado-Spiel hat verloren, wer seine Stäbe als Erster bewegt. Im Kampf um den EU-Anbindungsvertrag hat offenbar verloren, wer sich vor den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober festlegt. Das Thema wird von jenen Parteien, die das EU-Diktat wollen, grossräumig umgangen.



Sie alle wollen am liebsten überhaupt nicht davon reden. Doch sie stecken alle unter einer Decke: Economie-suisse, Arbeitgeberverband, FDP, CVP,

Grünliberale, Grüne und SP. Selbst die Gewerkschaften werden – geködert mit einigen Zugeständnissen zum Schaden des freien Arbeitsmarktes – Ende Jahr ins befürwortende Lager wechseln.

Erfolgsmodell Schweiz gefährdet

Die Schweiz ist ein ursprünglich mausarmes Land. Nur dank ihrer Staatssäulen wurde der einzigartige Erfolg im Hinblick auf Wohlstand, Frieden und sozialen Ausgleich möglich. Die Säulen dieses Erfolgs heissen direkte Demokratie, Föderalismus

und bewaffnete Neutralität. All dies wäre durch den Anbindungsvertrag mit der EU gefährdet. Die EU könnte bei der Personenfreizügigkeit, den Landwirtschafts- und Industrienormen, bei der Energieversorgung, ja selbst bei den Nord-Süd-Verkehrsachsen ihre Regeln durchsetzen.

Volksentscheide ade

Die Bürger als Chefs wären zur Seite geschoben. An ihre Stelle treten das EU-Recht und das EU-Gericht. Man wird uns vorgaukeln, wir dürften ja immer noch abstimmen, müssten einfach die «Ausgleichsmass-

nahmen» von Brüssel in Kauf nehmen. Das ist so zynisch, wie wenn den Auto-

Ausweisenzug, Gefängnisstrafe und fünfstelliger Busse tragen.»

«Die EU-Anbindungs-koalition scheut das Tageslicht.»

fahrern gesagt würde: «Ihr seid völlig frei, mit 180 Kilometern pro Stunde durch eine 30er-Zone zu rasen. Ihr müsst einfach die Ausgleichsmass-

nahmen von sofortigem, ewigem tone nach dem 20. Oktober überrumpeln. Lassen Sie sich dieses Täuschen und Tricksen nicht gefallen! Wählen Sie nur Volksvertreter, die zu unseren bewährten Staatssäulen stehen!

Über all das müsste man eigentlich vor den Wahlen reden. Doch die EU-Anbindungscoalition scheut das Tageslicht. Sie wollen das Volk und die Kan-

Wie ein Match Schweiz-Deutschland, bei dem Deutschland die Regeln macht

Von Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer

Was der EU als sogenanntes Rahmenabkommen mit der Schweiz vorschwebt, ist nichts anderes als ein Unterwerfungsvertrag – zum einseitigen Nutzen der EU. Kein anderer Staat dieser Welt würde so etwas eingehen.



mehrwähriger Verhandlungen ist das jetzt vorliegende institutionelle Abkommen.

EU-Abkommen entmacht die Schweizer Bürgerinnen und Bürger

Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges. Volk, Kantone und Parlament hätten in den wichtigsten Fragen unseres Landes nichts mehr zu sagen. Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger wären als oberste Gesetzgeber in zentralen Teilen unserer Wirtschafts-, Sozial- und Aussenpolitik entmacht. Wir müssten automatisch fremdes Recht übernehmen, fremde Richter akzeptieren, und bei missliebigen Abstimmlösungen dürfte uns die EU ganz legal bestrafen.

Es wäre wie ein Fussballspiel zwischen der Schweiz und Deutschland, bei dem die Deutschen die Regeln machen, diese während des Spiels einseitig ändern, den Schiedsrichter stellen

«Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges.»

und unsere Mannschaft erst noch ganz legal ins Schienbein treten dürften. Ich kenne unter den 194 Staaten dieser Welt keinen einzigen, der sich durch einen ähnlichen «monolateralen» Unterwerfungsvertrag derart auf Gedeih und Verderben an ein anderes Staatsgebilde gebunden hat.

Seit 700 Jahren kennt die Schweiz bilaterale Verträge. Das etwas hochtrabende Wort «bilateral» heisst ganz einfach: «zweiseitig», «zwei Seiten betreffend». Es handelt sich dabei um Abkommen mit allen Ländern, abgeschlossen zum gegenseitigen Nutzen beider Partner – auf Augenhöhe, zwischen zwei Gleichberechtigten. Das ist das Selbstverständlichste der Welt. Allein mit der EU kennt die Schweiz über 150 bilaterale Verträge.

Doch im Jahr 2008 teilte die EU der Schweiz erstmals unmissverständlich mit, dass sie diese Art von bilateralen Verträgen nicht mehr will. Brüssel verlangt statt der Rechtsentwicklung zwischen Gleichberechtigten neu einen «Rahmen» für alle bisherigen und sämtliche künftigen Abkommen, wonach die Schweiz die von der EU vorgegebenen Änderungen übernehmen muss. Das Resultat entsprechender



Der EU-Rahmenvertrag – Ein aufgezwungenes Korsett

Von Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin

Das vom Bundesrat mit der EU ausgehandelte Rahmenabkommen sei angeblich für die Schweiz massgeschneidert, sagen die, die es ausgehandelt haben. Das Gegenteil ist der Fall: Dieser Vertrag würde uns in jeder Hinsicht die Luft abschnüren.



Das vom Bundesrat präsentierte institutionelle Abkommen mit der EU (InstA) passt uns nicht. Es ist gar nicht «massgeschneidert». Diese EU-Schneider haben kein einziges Mal

Mass genommen an uns Schweizern... Der Vertrag ist vielmehr ein Korsett, das uns übergestülpt und aufgezwungen wird! Es zwingt uns in europäische Regelungen, welche nicht zu unserem Alltag, unserem Leben oder unseren Werten passen. Wir verpflichten uns, EU-Recht zu übernehmen; wenn wir anders abstimmen, werden wir bestraft. Fremde Richter am Europäischen Gerichtshof entscheiden. Das Schiedsgericht hat nichts zu sagen.

«Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet.»

Noch einfacher einwandern

Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet, Aufenthaltsrecht und Familiennachzug werden noch stärker vereinfacht. Die Masseneinwanderung wird zu nehmen und die Wohnungsknappheit, steigende Mieten, überfüllte Strassen und Züge auch. Unsere Sozialwerke werden zu höheren Lohnabzügen und niedrigeren Leistungen gezwungen. Die langjährige Sozialpartnerschaft wird ersetzt.

Milliarden bezahlen

Mit dem europäischen Verbot staatlicher Beihilfen dürfen sich Kantone und Gemeinden nicht mehr wirtschaftlich engagieren ohne Genehmigung der EU. Das trifft die kantonalen Steuersysteme: Anreize für Ansiedlungen, Wirtschaftshilfen, Steuervergünstigungen und regionalpolitische Unterstützungen in den Kantonen sind dann nicht mehr möglich. Eine europäische Mehrwertsteuer

von über 15% verteuert unsere Einkäufe. Bewährte Institutionen der Schweiz sind nicht mehr zugelassen: Wasserkraftwerke, Stromnetzanbieter, kantonale Gebäudeversicherungen, SUVA, Kantonalbanken, Spitäler, aber auch in Sport, Kultur und Freizeit! Sogar unser erfolgreiches Ausbildungssystem wäre nicht mehr möglich. Und das «Beste» zum Schluss: Für all das müssten wir auch noch Milliarden an Franken zahlen! An heutige und zukünftige

EU-Programme und natürlich die Kohäsionsmilliarden!

Stimmrecht aufgeben

Nein! Dieses Korsett lassen wir uns nicht überstülpen! Der Rahmenvertrag stellt den Erfolg und die Selbstbestimmung der Schweiz auf den Kopf. Er nimmt dem Bürger die Stimmrechte weg. Das wollen wir nicht! Der Bundesrat muss den Vertrag entschieden zurückweisen!

Institutionelles Abkommen – Lesen Sie, was die EU wirklich will

Dieses Abkommen, auch EU-Rahmenvertrag genannt, ist auf dem Tisch. Alle – ausser der SVP – wollen es. Aber niemand – ausser der SVP – möchte vor den Nationalratswahlen am 20. Oktober darüber reden. Verständlich! Denn, wer den Rahmenvertrag im Wortlaut liest, merkt schnell: Der sogenannte Rahmenvertrag ist ein Unterwerfungsvertrag, der das Ende der direkten Demokratie sowie der Unabhängigkeit, der Freiheit und Selbstständigkeit der Schweiz bedeutet. CVP, BDP, FDP, Grüne, Grünliberale und SP sind bereit, unser Land zu verkaufen.

Lesen Sie selbst auf: www.eu-no.ch

(Klicken Sie in der Menüliste der Internetseite www.eu-no.ch auf «Kommentiertes Insta»)

Jetzt für die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Schweiz eintreten.

Der Kampf gegen das sogenannte **EU-Rahmenabkommen**, den geplanten **Unterwerfungsvertrag**, führt das überparteiliche Komitee «EU NO». Das Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt besteht aus zahlreichen namhaften Persönlichkeiten aus der ganzen Schweiz. Präsiert wird das Komitee von Nationalrat und Weltwoche-Herausgeber Roger Köppel. Werden auch Sie noch heute Mitglied auf www.eu-no.ch oder füllen Sie den **Beitrittstalon auf Seite 8** aus.

Werden Sie Mitglied im überparteilichen Komitee «EU NO»!

Mehr Geld für die AHV statt fürs Ausland

Von Nationalrat Marcel Dettling, Landwirt

Der Bund gibt immer mehr für das Ausland aus. Das will die SVP ändern und für die Schweizer die AHV-Renten sichern. Von den jährlich gegen 5 Milliarden Franken, die allein der Bund für die Asyl- und die Entwicklungshilfe ausgibt, soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenfalls ist die Kohäsionsmilliarde in die AHV statt an die EU zu zahlen.



Der vom Volk verlangte Inländerverrang wurde von einer SP-FDP-Allianz in einen Ausländerverrang verkehrt. Dabei ist die Erwerbslosigkeit in der Schweiz mit 4,8 Prozent höher als in Deutschland. Die Zuwanderung kostet die Schweiz Unsummen an Sozialbeiträgen, Integrationskosten und für den Ausbau der Infrastruktur. Gleichzeitig zahlt der Bund jährlich die riesige Summe von gegen 5 Milliarden Franken für das Asylwesen und die Entwicklungshilfe. Das ist mehr, als die Schweiz für die eigene Sicherheit ausgibt, und sogar fast zweimal das, was die Schweizer Landwirtschaft kostet. Dazu kommt noch die geplante Kohäsionsmilliarde für die EU. Die Schweiz leistet immer mehr für das Ausland

und für die Versorgung von Sozialmigranten aus aller Welt. Das ist inakzeptabel, und Gegenmassnahmen sind zwingend. Die Begrenzungsinitiative der SVP sorgt dafür, dass die Schweiz die Zuwanderung endlich entsprechend dem Volkswillen selber steuern kann. Es braucht aber auch neue Prioritäten bei der Verwendung der Bundesgelder. Von der Entwicklungs- und Asylhilfe soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenso sollen die 1,3 Milliarden Franken nicht an die EU bezahlt werden. Vielmehr soll das Geld den Menschen in der Schweiz zugutekommen – zur Sicherung der AHV-Renten des hart arbeitenden Mittelstandes.

Arbeit muss sich wieder lohnen

Von Nationalrätin Sandra Sollberger, Malermeisterin

Einst als Überbrückungshilfe in Notlagen gedacht, ist die Sozialhilfe heute für bestimmte Bevölkerungsgruppen, etwa für Personen aus dem Asylbereich, längst zum bedingungslosen Grundeinkommen geworden. Eine fatale Fehlentwicklung, die Arbeit unattraktiv macht und die die Schweizer Steuerzahler Milliarden kostet.



Wenn die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) verkündet, Kürzungen in der Sozialhilfe seien unmöglich und unmenschlich, dann ist das reine Sozialarbeiter-Propaganda. Gemäss SKOS-Richtlinien erhält ein Ein-

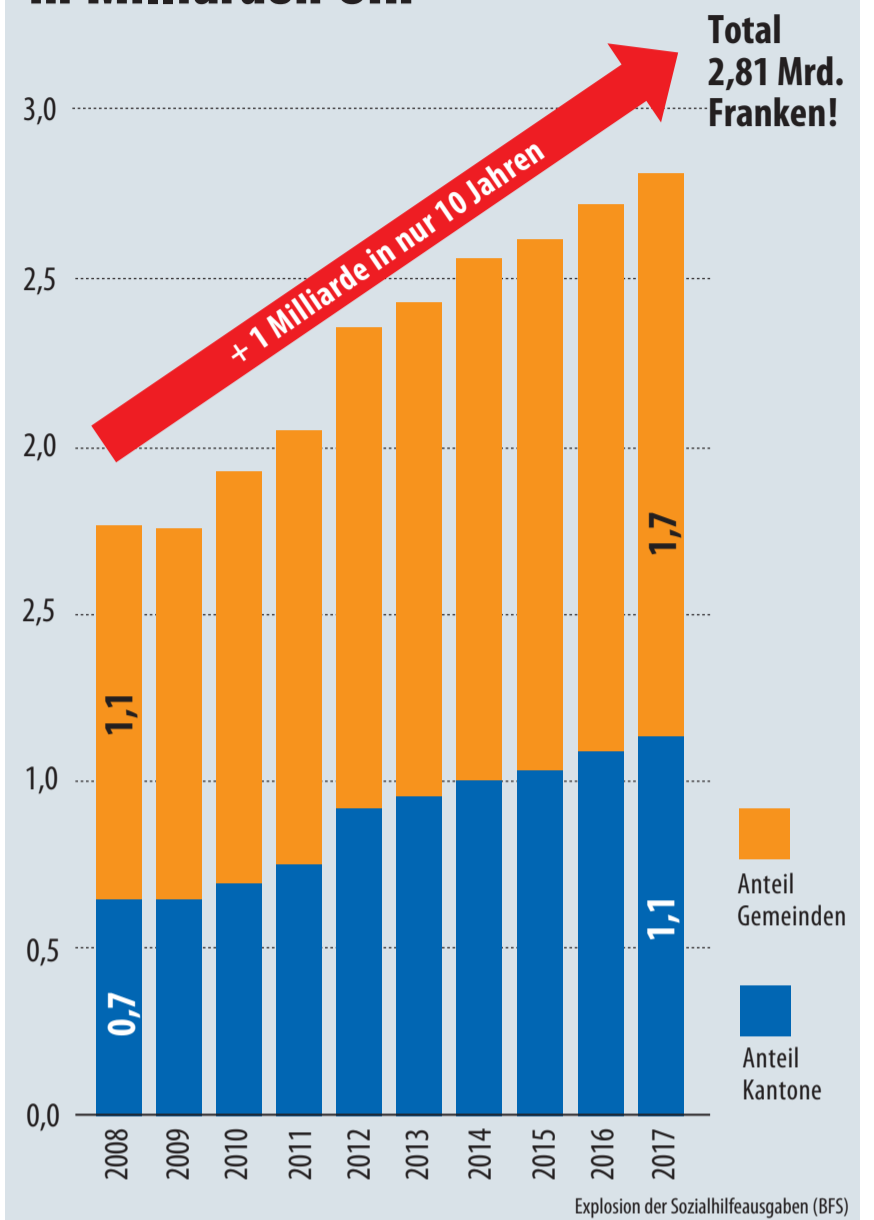
personenhaushalt einen monatlichen Bargeld-Grundbedarf von 986 Franken, ein Vier-Personen-Haushalt erhält 2'110 Franken. Wie die Betroffenen dieses Geld ausgeben, steht ihnen frei.

Denn anders als die SKOS dies suggeriert, ist der Grundbedarf bei Weitem nicht alles, was Sozialhilfebezüger bekommen. So kommt beispielsweise eine vierköpfige Familie mit Miete, Krankenkassenprämien (KVG) und sogenannten situationsbedingten Leistungen (zum Beispiel Zahnarzt, Dentalhygiene, Kinderkrippe, Schulmaterial, ÖV-Abos etc.) auf Leistungen von monatlich über 5'000 Franken. Dies notabene steuerfrei.

Wer den Unterhalt seiner Familie mit bezahlter Arbeit bestreiten will, der muss deutlich mehr verdienen, als er von der Sozialhilfe als steuerfreie Nettoleistung bekommt. Denn sonst lohnt sich Arbeit nicht. Es ist allerdings illusorisch, zu glauben, dass jemand mit ungenügender Ausbildung und ohne Arbeitserfahrung monatlich mehr als 6'000 Franken verdient.

Deshalb braucht es nicht mehr Geld für die Sozialhilfe, sondern mehr Anreize, zu arbeiten. Die Fleissigen und Motivierten sollen belohnt werden. Die Integrationsunwilligen und die Faulen hingegen sollen nur noch ein Minimum an Unterstützung erhalten. Öffentliche Sozialhilfe ist verbunden mit einer generellen Arbeitspflicht.

Kostenexplosion in der Sozialhilfe in Milliarden CHF



Kämpfen Sie mit uns für mehr Sicherheit

Von Nationalrat Walter Wobmann, Präsident Egerkinger Komitee



Die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» erhöht die Sicherheit. Sie setzt Saubannerzügen vermummter Vandalen und Chaoten, wie sie an Sportanlässen, Demonstrationen oder im Gefolge der 1.-Mai-Umzüge regelmässig vorkommen, endlich ein Ende.

Zudem schützt ein Verhüllungsverbot die in der Schweiz verbrieften Freiheitsrechte der Frauen. Dass Frauen ebenso wie Männer in der

Öffentlichkeit ihr Angesicht jederzeit zeigen, ist auch ein Gebot elementarer Gleichberechtigung. Die Schweiz ist der Tradition der Freiheit verpflichtet. Freie Menschen – Frauen und Männer – blicken einander ins Gesicht, wenn sie miteinander sprechen. Niemand darf gezwungen werden, sein Gesicht zu verhüllen. Die Initiative wird im nächsten Jahr zur Abstimmung kommen. Wir zählen auf Ihre Unterstützung.



Frei und sicher.

www.svp.ch

SVP wählen!





Was will die Begrenzungs-Initiative der SVP?

Die Begrenzungsinitiative will eine massvolle und eigenständige Steuerung der Zuwanderung. Sie kommt voraussichtlich im Mai 2020 zur Abstimmung. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 sind netto 1,1 Millionen Menschen in die Schweiz eingewandert. Und noch immer kommen jährlich 60'000 bis 80'000 Zuwanderer hinzu.

Dies mit weitreichenden Folgen für unser Land. Die Befürworter der Personenfreizügigkeit behaupten, diese sei zentral für die Wirtschaft. Das stimmt nur dann, wenn man die Wirtschaft isoliert betrachtet und die übrigen Kosten ausser Acht lässt – bei-

spielsweise für die Sozialwerke, die Bildung, das Gesundheitswesen oder die Sicherheit. Und wenn man zudem darüber hinwegsieht, dass die Personenfreizügigkeit vor allem über 50-jährige Arbeitnehmer massiv unter Druck setzt, weil sie leicht durch jüngere und billigere Ausländer ersetzt werden können. Ein Problem, das der Bundesrat mit einem neuen Sozialwerk «Überbrückungsrente» lösen will.

Das Bedürfnis der Wirtschaft nach qualifizierten Arbeitskräften kann auch einseitig, aber kontrolliert von der Schweiz erfüllt werden. D.h. ohne Freizügigkeitsabkommen, aber ent-

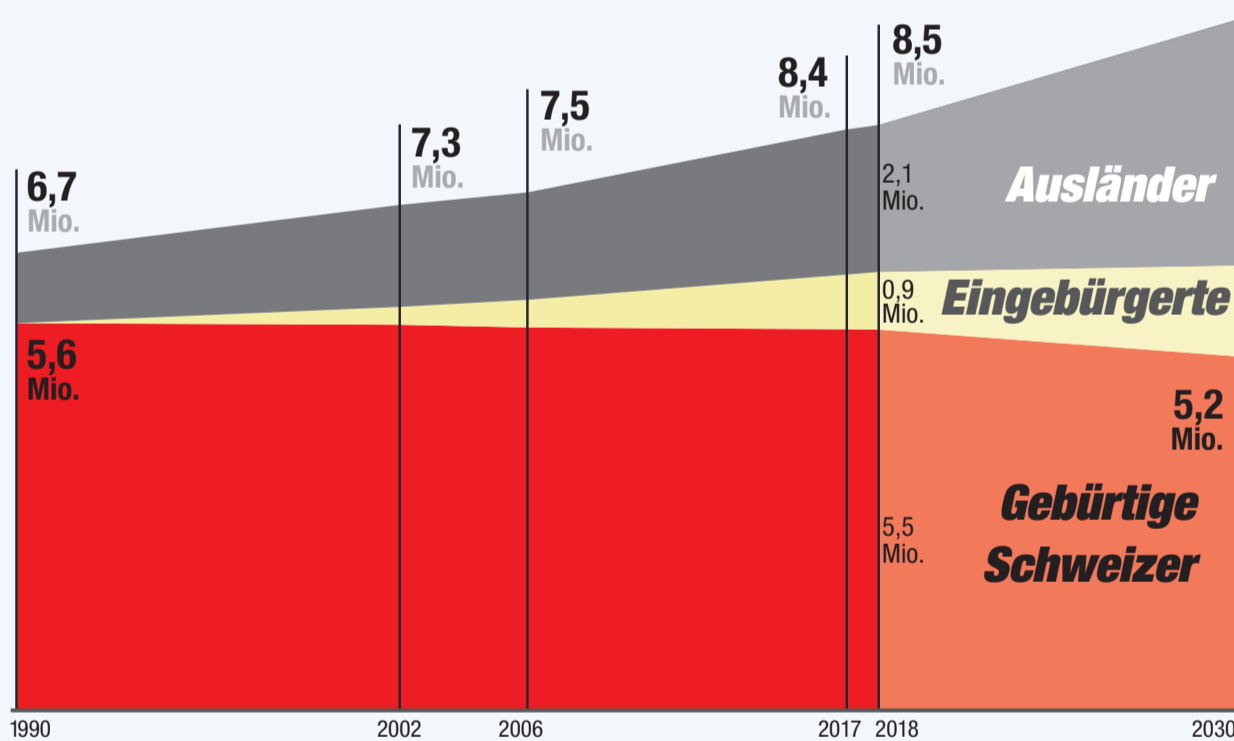
sprechend unserer Verfassung unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Situation und mit einem Inländervorrang, der die älteren Arbeitnehmer wirksam schützt.

Die Haltung der SVP ist klar: Diese gravierenden und teuren Folgen der Zuwanderung kann die Schweiz nur mit der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung in den Griff bekommen. Dies ist heute wegen der Personenfreizügigkeit jedoch nicht möglich: Denn mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU haben 500 Millionen EU-Bürger einen Rechtsanspruch auf Zuwanderung in die Schweiz.

www.begrenzungsinitiative.ch

Schon bald 10-Millionen-Schweiz?

10 Mio.



Immer mehr Einwanderung sorgt für Bevölkerungsexplosion.

Quelle: BFS, Entwicklung ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz plus eigene Hochrechnung. Einbürgerungen pro Jahr ab 1990 kumuliert.

Der Umwelt zuliebe – Zuwanderung begrenzen

Das Resultat der ungesteuerten Massen-Zuwanderung: In den letzten 13 Jahren wanderte eine Million Menschen in die Schweiz ein. Ein Bevölkerungszuwachs, der unserer Umwelt, unserem Klima direkt schadet. Denn die Konsequenzen für unser Land durch diese masslose Zuwanderung sind gravierend: In den letzten 13 Jahren wurden Grünflächen im Umfang von 57'000 Fussballfeldern bebaut. Das sind 407 Millionen Quadratmeter Natur, die zubetoniert wurden. Dies unter an-

derem für 454'000 neue Wohnungen. Eine Million Zuwanderer bedeutet aber auch 543'000 Autos und 789 Busse mehr auf den Strassen sowie 9 Milliarden zusätzlich zurückgelegte Kilometer. Mit einer Million Zuwanderer verbraucht die Schweiz mindestens 2 Milliarden Kilowattstunden mehr Strom pro Jahr. Dies entspricht der Leistung von über 500 Gross-Windanlagen. Und schliesslich verbraucht eine Million Zuwanderer jährlich 59 Milliarden Liter Wasser.

Schweiz nicht weiter zubetonieren!



Meinung

Die Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz?

Christoffel Brändli über Zuwanderung und Umweltpolitik

In den letzten dreizehn Jahren hat die Bevölkerung der Schweiz durch die Zuwanderung um mehr als 1 Million Einwohner zugenommen. Mit Ausnahme der SVP wollen alle anderen Parteien weiterhin eine von der EU bestimmte Zuwanderung und gehen von einem Wachstum unserer Bevölkerung auf 10 Millionen aus.

Offenbar will man aus kurzfristigen Geschäftsinteressen diese Entwicklung und blendet deren Auswirkungen «grosszügig» aus. In der Tat laufen wir Gefahr, die Qualitäten unseres Wohlfahrtsstaates aufzugeben. Warum?

Das Bevölkerungswachstum sowie die wachsenden Bedürfnisse bedingen die Bereitstellung von 20-30% mehr Wohnraum. Das bedeutet entsprechenden Landverschleiss oder bei konzentrierter Bauweise die Entwicklung von Slums in unseren Agglomerationen. Bereits heute nehmen wir diese Entwicklung wahr ohne darauf zu reagieren. Haben Sie einmal überlegt, was es beispielsweise für die Stadt Chur bedeuten würde, 30% mehr Wohnungen zur Verfügung stellen zu müssen? Wo sind die Grünliberalen, die sich kürzlich noch für die Schonung unserer Kulturlandschaft stark machten?

Dabei ist nicht nur der Wohnraum das Problem. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen belasten unsere bereits heute überforderten Verkehrsinfrastrukturen zusätzlich. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen bedeuten mindestens 500'000 zusätzliche Autos oder einen nicht finanzierbaren Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Unsere Sozialeinrichtungen (AHV, Fürsorge, Krankenversicherung und andere mehr) werden noch unfinanzierbar. Allein für die Finanzierung der zusätzlichen AHV-Renten müssten wir in Zukunft zwei bis drei Millionen neue Arbeitsplätze schaffen. Ein Ding der Unmöglichkeit im sich abzeich-

nenden Digitalzeitalter! Eine 10-Millionen-Schweiz wird aber auch viel mehr Energie konsumieren. Woher diese beschafft werden soll, steht heute in den Sternen.

Auch unsere Gesellschaft ändert sich dramatisch. Eine Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen wird es aufgrund der heterogenen Zusammensetzung der Schüler immer schwieriger Lernziele zu erreichen. Statt eine Einheit der Bevölkerung zu bilden, verzetteln wir uns immer mehr in verschiedene Volksgruppen, die wohl hier leben, aber kaum mehr etwas miteinander zu tun haben.

Wie reagiert die Politik auf diese Entwicklungen? Man gründet eine Klimaallianz (was das auch immer heissen mag) und versucht von sich abzeichnenden Problemen mit der masslosen Zuwanderung abzulenken. Die Grossindustrie verdankt ihr diese Haltung, weil sie kurzfristig dank der Zuwanderung mehr Gewinne einheimen kann.

Es ist an der Zeit, dass das Schweizer Volk aufwacht und seine Zukunft selbst in die Hand nimmt. Es ist fünf vor zwölf – das Rahmenabkommen mit der EU, mit dem wir uns der EU definitiv unterwerfen, steht kurz vor der Umsetzung. Damit hätte das Masslose Ihr Ziel erreicht: die endgültige Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz, das auf Selbstbestimmung, Bescheidenheit und Freiheit aufbaut.

Christoffel Brändli ist alt Regierungsrat und alt Ständerat. Er wohnt in Landquart (GR).

Fragen

– zu den Wahlunterlagen?
– zu den Wahlen?

Kostenlose kompetente Auskunft!

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren. Wie wählt man richtig? Wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Sonntag von 09.00 bis 18.00 Uhr für Sie da.



Gratis-Wahlhotline:
0800 0 1291 0
Mail:
wahlen@svp.ch



In einer dunklen Kammer...



...kurz nach 21.00 Uhr trifft sich die Speerspitze der wählerstärksten Partei der Schweiz. Die wohl verrückteste Zeit im politischen Leben nimmt damit wieder ihren Anfang ...
Schauen Sie «Wahlkampf – Der Film» auf:

www.wahlkampfderfilm.ch



Grosses Wahl-Quiz www.svp.ch/wettbewerb Mitmachen und gewinnen!



1 Was bedeutet das geplante EU-Rahmenabkommen für die Schweiz?

- Einverleibung der EU in die Schweiz = FA
- Unterwerfung der Schweiz durch die EU = SV



2 Wie viele Einwanderer sind seit 2007 netto in die Schweiz gekommen?

- rund 100'000 = KE
- rund 1'000'000 = PW



3 Wen können Sie gratis anrufen, wenn Sie Fragen zum Ausfüllen Ihrer Wahlunterlagen haben?

- Mike Shiva = NE
- SVP-Gratis-Wahlhotline = AE



4 Wie lautet der Wahlspruch der SVP für die eidgenössischen Wahlen am 20. Oktober?

- «Freibier auf sicher» = W
- «Frei und sicher» = H



5 Auf wie viel Prozent würde die MwSt. in der Schweiz (aktuell 7,7 %) bei einem EU-Beitritt steigen?

- Auf mindestens 10 % = S
- Auf mindestens 15 % = LE



6 Wer hat's gesagt? «Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die ‚Fortsetzung‘ des bilateralen Weges?»

- Thomas Matter, SVP-Nationalrat = N
- Christa Markwalder, FDP-Nationalrätin = !

Machen Sie beim Wettbewerb online mit:
www.svp.ch/wettbewerb

Die richtige Lösung lautet:

1 2 3 4 5 6

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 20. Oktober 2019

1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.

Die Gewinner werden Ende Oktober 2019 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Frei und sicher. So soll unsere Schweiz bleiben. Ich helfe mit!

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
- Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** zur Verfügung zu stellen.

Bitte schicken Sie mir:

___ A0-Allwetter-Plakate (fest) (A0 = 84,1 cm x 118,9 cm)

___ A2-Papier-Plakate (A2 = 42 cm x 59,4 cm)

- Ich unterstütze die **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
 - Ich spende _____ Franken auf das **PC 30-8828-5** der SVP Schweiz.
 - Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.
- Ich möchte Mitglied des überparteilichen Komitees «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» werden (Artikel dazu auf Seite 5).

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Unterschrift

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

www.svp.ch



Die Partei des Mittelstandes

SVP wählen: Damit die Schweiz Schweiz bleibt!

Unabhängigkeit, Eigenständigkeit, direkte Demokratie, Neutralität und Föderalismus sind die Staatssäulen, die unsere Vorfahren erschaffen und erkämpft haben. Diese Staatssäulen gilt es zu verteidigen. Dies im Wissen, dass es keine Freiheit ohne Sicherheit gibt. SVP wählen - Frei bleiben!

Am 20. Oktober 2019 finden die National- und Ständeratswahlen statt. Die SVP Oberwallis (SVPO) hat neben der Hauptliste und der Jugendliste erstmals auch eine Frauenliste sowie eine Liste «Wirtschaft, Gewerbe und Tourismus» hinterlegt. Die SVPO kann bei diesen Wahlen 22 engagierte und motivierte Kandidatinnen und Kandidaten präsentieren.

Auf den Listen der Schweizerischen Volkspartei Oberwallis (SVPO) kandidieren qualifizierte, bekannte und im Oberwallis verwurzelte Personen. Das ganze berufliche Spektrum wird abgebildet. Es kandidieren Unternehmer,

Gewerbetreibende, Handwerker, Ingenieure, Mechaniker, Bauführer, Hochbauzeichnerinnen, Juristen, Ökonomen, Studenten, Lehrer, Landwirte, Hausfrauen, kaufmännische Angestellte, Betriebssekretärinnen, Pflegehelferinnen, Touristiker und viele mehr.

«Die SVP kämpft für die Freiheit und Sicherheit der Schweizerinnen und Schweizer»

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten stehen ein für den Mittelstand, die Landwirtschaft und das Gewerbe. Wer eine der Listen Schweizerische Volkspartei Oberwallis (SVPO) wählt, der weiss, woran er ist. Die SVP steht seit Jahren konsequent ein für eine unabhängige und selbstbestimmte Schweiz, für den Föderalismus, für ein starkes Oberwallis, für eine Stärkung der Gemeindeautonomie, für die Grundwerte unserer christlich-abendländischen Kultur und den Erhalt unserer Traditionen, für vernünftige Steuern und Abgaben, für mehr Eigenverantwortung und weniger Bürokratie, für die konsequente Umsetzung der Volksentschei-

de, für ein Wallis ohne Grossraubtiere sowie für mehr Freiheit und Sicherheit.

Die SVP setzt sich für die Wahrung einer unabhängigen und neutralen Schweiz ein. Der Ausverkauf der Schweizer Souveränität und Selbstbestimmung durch die politischen Eliten muss gestoppt werden. Die SVP kämpft auch für mehr unternehmerischen Freiraum und gegen immer neue Gesetze und Verbote, die unsere Unternehmen belasten. Unseren Unternehmen und unserem Gewerbe ist Sorge zu tragen. Im Weiteren engagiert sich die SVP für die Garantie des priva-

ten Eigentums sowie für die Verteidigung der Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger. Schliesslich will die SVP die Zuwanderung wieder eigenständig steuern sowie Wirtschaftsmigranten konsequent zurückschicken.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten setzen sich mit Engagement und Überzeugung für die Schweiz sowie für die Interessen des Oberwallis ein. Herzlichen Dank für Ihr Vertrauen und für Ihre Unterstützung!

Franz Ruppen, Nationalrat, Präsident SVPO



Frei bleiben!

SVP wählen.

www.svpo.ch



Schweizerische Volkspartei Oberwallis (SVPO) – Frauen (Liste Nr. 19)

Wir stehen dafür ein, dass die Mehrheit der Frauen bürgerlich denkende und handelnde Frauen sind. Es ist ein jahrelang falsch geprägtes Bild, dass «Frau sein» gleichbedeutend mit «links sein» ist. Viele bürgerliche Frauen fühlen sich von der Politik nicht angesprochen und schon gar nicht von politisierenden Frauen. SVP-Wählerinnen und -Wähler halten von feministischer Politik nichts. Wir wollen beweisen, dass es echte bürgerliche Frauen gibt, die in der Familie wie auch im Beruf und in der Politik eigenverantwortlich handeln und etwas leisten.

Wir politisieren und arbeiten zusammen mit den Männern und nicht gegen sie. Es ist wichtig, bürgerlichem Gedankengut zum Durchbruch zu verhelfen. Die Eigenverantwortung ist die oberste Maxime. Der Staat soll nur eingreifen, wo es unbedingt nötig ist. Der Mittelstand ist zu entlasten und aus der immer enger werdenden Steuerzange zu befreien. Die Eigenverantwortung muss auch in der Familie gestärkt werden. Es darf nicht sein, dass aufgrund der linken Familienpolitik und den daraus resultierenden Begehrlichkeiten immer diejenigen Familien belohnt werden, welche ihre Eigenverantwortung nicht oder nur teilweise wahrnehmen.

Jasmin Berchtold-Verasani:
«Ich kandidiere für die SVP, weil die Familie auch in Zukunft ihre Rolle als tragende Säule der Gesellschaft spielen soll.»

«Ich bin gegen eine Verstaatlichung der Familie»

Was möchte ich ändern, wenn ich gewählt werde: Ich stehe ein für ein vereinfachtes Einschulungsverfahren bei den Jüngsten und einen angemessenen Schulunterricht. Ich bin gegen eine Verstaatlichung der Familie und setze mich für mehr Chancengleichheit im



Jasmin Berchtold-Verasani

Berufsleben ein, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern.

Ich bin für eine Stärkung der Demokratie und dafür, das Potenzial beider Geschlechter voll auszuschöpfen. Das Thema Familienpolitik ist für mich ein emotionales Thema und ein besonderer Ansporn, da dieses Thema in der Politik zu wenig diskutiert wird. Die Rolle des Staates sollte vermehrt hinterfragt werden. Wir brauchen diesbezüglich mehr Verantwortungsträger, welche die Situation von berufstätigen Eltern vereinfachen.»

Daniela Pollinger-Williner

«Wenn ich gewählt werde, setze ich mich gegen einen schleichenden EU-Beitritt ein. Dazu gehört auch eine eigenständige Steuerung der Einwanderung. Ich wähle SVP, weil sie die einzige Partei ist, welche für Eigenverantwortung statt Bevormundung steht.»



Daniela Pollinger-Williner



Ursula Abgottspon

Ursula Abgottspon

«Ich kandidiere für die SVP - weil wo Schweiz draufsteht, auch Schweiz drinstecken soll.»

«Es gibt im Parlament genug linke Frauen»

Ich will nicht weiter zusehen, wie die Unterdrückung der Frauen unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit (Stichwort Jihadismus) oder auch die Gewalt an Frauen von patriarchalisch geprägten Kulturen in der Schweiz salonfähig wird.

Ich kandidiere auf der Frauenliste der SVP Oberwallis, weil es im Parlament genug linke Frauen gibt. Zudem will ich mithelfen, den Sitz von unserem Oberwalliser Nationalrat Franz Ruppen zu sichern.»

Warum braucht es eine JUNGE SVP?

Junge motivierte Menschen, welche die Zukunft mitgestalten wollen – das ist die Junge SVP Oberwallis. Mit Blick in die Zukunft und sich den Traditionen und Werten vollends bewusst, setzt sich die JSVPO für eine moderne Schweiz von morgen ein. Ein Land, in dem weiterhin wir Schweizerinnen und Schweizer das Sagen haben – ganz nach dem Motto: Eigenständig, statt fremdgesteuert.

Zukunftsorientiert und doch verwurzelt

Die Junge SVP Oberwallis besteht aus jungen Menschen, die sich aktiv an der Zukunftsgestaltung beteiligen wollen, dabei jedoch niemals die eigene Geschichte vergessen. Traditionen und Bräuche sind uns wichtig und diese gilt es zu verteidigen. Da wir uns alle in diversen Vereinen betätigen, lautet unser Motto in diesem Zusammenhang: «Gelebte Tradition!»

Dabei sollen jedoch keinesfalls die Augen vor zukunftsorientierter Innovation verschlossen werden. So liegt auch der Jungen SVPO das Klima und somit das Wohlbefinden unseres Landes am Herzen. Wir sind der Überzeugung, dass durch effiziente und nachhaltige Innovationen, wie beispielsweise der Wasserstoffantrieb beim Auto, dem Klima mehr geholfen werden kann, als mit halsstarrigen und zentralistischen Zwangsabgaben, wie dies von linker Seite gefordert wird.

Jung und dynamisch

Als Jungpartei ist uns der persönliche Kontakt mit den Menschen unseres Kantons sehr wichtig. So ist beispielsweise unsere Muttertagsaktion jeweils ein wichtiger Termin und wir freuen uns, vielen Müttern mit einer Rose eine Freude zu bereiten.

Die Schweiz von morgen gehört uns

Als junge Bürgerinnen und Bürger dieses Landes ist es uns wichtig, die



Nominationsversammlung der Kandidaten der JSVPO (Liste Nr. 20)

Schweiz mitzugestalten, da schlussendlich wir und unsere Nachkommen darin leben werden. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass unsere Steuergelder vermehrt in die AHV statt ins Ausland fließen, damit später auch wir Jungen noch etwas da-

haben. Es lohnt sich ausserdem, gegen einen schleichenden EU-Beitritt einzustehen und uns für eine freie und unabhängige Schweiz einzusetzen, in der auch weiterhin wir Schweizerinnen und Schweizer das Sagen haben.



Muttertagsaktion 2019



Generalversammlung 2018

Schweizerische Volkspartei Oberwallis (SVPO) – Wirtschaft, Gewerbe und Tourismus (Liste Nr. 18)

Als Dienstleister im Tourismus, Handwerker, Selbständige und Unternehmer wissen, was es bedeutet, Verantwortung zu tragen. Wir sind jeden Tag gefordert, flexibel zu reagieren und im offenen Dialog Lösungen zu finden. Wir sind bereit, unseren Sachverstand und unser Fachwissen zur Verfügung zu stellen, um mitzuhelfen, dass unsere grossartige Schweiz als Hochburg der kleinen und mittleren Unternehmen erhalten bleibt. Wir wollen helfen, Steuergelder sinnvoll und effizient einzusetzen, als wäre es das Kapital eines Hotelgasts oder Kunden.

Viele technische Erneuerungen sind aufgrund der Eigeninitiative von Unternehmern und Handwerkern entstanden. Menschen aus dem Gewerbe, der Wirtschaft und dem Tourismus haben durch ihre Visionen und Träume neue Technologien, Produkte und Dienstleistungen entwickelt. Genau diese Visionen werden auch in der Politik gebraucht. Die Erfahrung und das Wissen aus der Praxis, was machbar ist, zeigt neues Potential auf. Wir stehen ein für eine effiziente Umsetzung von getroffenen politischen Entscheidungen und Abstimmungen.



Patric Zimmermann

Aussenpolitik

Die Schweiz muss sich wieder auf ihre Stärken und ihr über 700jähriges Erfolgsrezept besinnen. Wir dürfen uns nicht von der EU zu einem Vasallenstaat degradieren lassen.

Energie

Mit der Annahme der fehlerhaften Energiestrategie 2050 laufen wir Gefahr, unsere sichere Versorgung aufzugeben. Alle Investitionen, um die Ziele zu erreichen, müssen von Privaten finanziert werden. Die Trumpfkarte unseres Landes, die Wasserkraft, wird vernachlässigt.

Landwirtschaft

Die neue Agrarpolitik berücksichtigt die für unsere Bergkantone wichtigen Nebenerwerbsbauern überhaupt nicht. Ohne deren wichtigen Beitrag zu unserer Landschaft und zur landwirt-



Christian Gasser

schaftlichen Produktion geht zu vieles unwiderruflich verloren.

Tourismus

Dem Tourismus kommt mit seinen zahlreichen Arbeitsplätzen eine wesentliche Bedeutung für die Schweizer Wirtschaft zuteil. Als Wirtschaftspartei steht für die SVP grundsätzlich mehr Wirtschaftsfreiheit statt Bürokratie im Zentrum. Hinzu kommt die Forderung nach tiefen Steuern und Abgaben, um Arbeitsplätze zu sichern. Wir fordern die Beibehaltung des Mehrwertsteuer-Sondersatzes für die Hotellerie und Gastronomie. Die SVP wird sich grundsätzlich dafür stark machen, dass sich Investitionen in den Tourismus auch in Zukunft noch lohnen werden.



Katja Bumann Piechnick



Kandidaten der Liste Nr. 18 – SVPO Wirtschaft, Gewerbe und Tourismus (es fehlt Katja Bumann Piechnick)

Mein Engagement im Nationalrat: Leidenschaft Wallis!

In den letzten vier Jahren habe ich mich im Nationalrat konsequent, beharrlich sowie mit viel Engagement und Leidenschaft für das Wallis eingesetzt. In den Bereichen Jagdgesetz, Wasserzinsen und Raumplanung konnte ich erfolgreich die Interessen des Kantons Wallis vertreten.

Für einen Lebensraum Wallis ohne Grossraubtiere!

Als Fraktionssprecher der SVP konnte ich in der Kommission und im Nationalrat massgeblich dazu beitragen, dass das revidierte Jagdgesetz im Interesse der Berggebiete und der Berglandwirtschaft ausgestaltet wird.

Es gibt immer mehr Probleme aufgrund der Rückkehr der Grossraubtiere in unsere dichtbesiedelte und kleinräumige Schweiz. Es braucht eine Regulierung des Wolfsbestandes, um Schäden im Bereich Landwirtschaft und Tourismus zu vermeiden sowie eine Beeinträchtigung der Sicherheit der Bevölkerung zu verhindern.

Wir müssen jetzt handeln. Es müssen die Bestände reguliert werden können, ohne dass ein grosser Schaden vorliegt und auch wenn keine Herdenschutzmassnahmen getroffen worden sind. Es gibt nämlich Alpen, die sind aufgrund ihrer Topographie gar nicht schützenswert. Viele solcher Massnahmen sind auch nur bedingt geeignet und bieten keinen Schutz für die Abwehr von Angriffen von Grossraubtieren.

Der Herdenschutz hat im Weiteren auch negative Auswirkungen auf gewisse touristische Aktivitäten. Es gibt nämlich immer wieder Konflikte mit Herdenschutzhunden, da diese gegenüber Wanderern ein aggressives Verhalten an den Tag legen.

« Das Berggebiet ist unser Lebens- und Wirtschaftsraum. Hier hat es keinen Platz für Wölfe. »

Zudem führen solche Herdenschutzmassnahmen sehr oft zu einem unverhältnismässigen finanziellen und personellen Aufwand für die Schäfer. Die Folge ist, dass solche Alpen nicht mehr bewirtschaftet bzw. gesömmert werden. Die Alpen verbuschen und vergangen, was auch negativ für den Tourismus ist.

Die zunehmenden Wolfsrisse stellen also klar eine Gefahr für die Bergland-

wirtschaft dar. Die mit der Ausbreitung der Grossraubtiere verbundenen Probleme sind massiv nachteilig für die Berglandwirtschaft und das gesamte Berggebiet. Die Bewohner im Berggebiet, die Kleintierhalter und die Alpbewirtschaftler wollen das Berggebiet als Lebens- und Wirtschaftsraum erhalten. Daher hat es hier keinen Platz für Grossraubtiere wie den Wolf.

Keine Senkung des Wasserzinses zu Lasten der Berggebiete!

Bei der Beratung des Wasserrechtsgesetzes (Wasserzins) habe ich mich als Sprecher der SVP-Fraktion dafür eingesetzt, dass das geltende Wasserzinsmaximum von 110.-Franken pro Kilowatt Bruttoleistung bis Ende 2024 verlängert wird. Eine Senkung des Wasserzinses zu Lasten der Berggebiete konnte so erfolgreich verhindert werden.

Wasserzinsen sind der Preis für die Nutzung der wertvollen Ressource Wasser, also das Entgelt für eine Sondernutzung dieses Rohstoffs. Der Wasserzins ist der Preis, den die Kraftwerk-



Toni Brunner, Franz Ruppen und Lukas Jäger an einem Stechfest

gesellschaften für die exklusiv überlassene Nutzung der Wasserkraft zu bezahlen haben. Das Wallis und die wasserzinsberechtigten Gemeinden sollen dafür weiterhin gerecht entschädigt werden. Für eine Senkung des Wasserzinses zu Lasten der Gebirgskantone besteht weder sachlich noch politisch Handlungsbedarf.

Der Wasserzins ist also keine Subvention, keine Steuer, keine Abgabe und schon gar kein Almosen und kein Strukturbeitrag für benachteiligte Berggebiete.

« Die Gebirgskantone müssen für die wertvolle Ressource Wasser angemessen entschädigt werden! »

Diverse Studien haben gezeigt, dass die Elektrizitätsbranche in den Jahren 2000 bis 2016 mit der Wasserkraft insgesamt, also über alle Wertschöpfungsstufen hinweg, Gewinne geschrieben bzw. stabile Umsätze und Ergebnisse erzielt hat.

Die Stromkonzerne haben in den letzten 100 Jahren immense Gewinne geschrieben. Für die von der Strombranche geltend gemachten Defizite ist nicht der Wasserzins verantwortlich. Falls solche Defizite überhaupt transparent nachgewiesen werden können, dann sind deren Ursachen wohl eher in unternehmerischen Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre zu suchen. Es geht also nicht an, dass die Berggebiete mit einer Senkung der Wasserzinsen die Zeche für eine verfehlte Strommarktpolitik sowie für unternehmerische Fehlentscheidungen der Stromkonzerne bezahlen sollen!

Für eine Lockerung der Bestimmungen der Raumplanung im Sinne des Föderalismus!

Mit einer Standesinitiative hat der Kanton Wallis verlangt, dass der Bundesrat dem Parlament Vorschläge unterbreiten soll, wie das Raumplanungs-

gesetz im Sinne des Föderalismus angepasst werden kann. Als Vertreter der SVP habe ich mich für die Anliegen des Kantons Wallis eingesetzt. Die SVP-Fraktion hat mich dabei quasi einstimmig unterstützt. Leider hat dieses Anliegen im Nationalrat keine Mehrheit gefunden, weil die anderen Parteien diese Standesinitiative des Wallis nicht unterstützt haben.

Das Bundesgesetz über die Raumplanung, insbesondere aber die entsprechenden technischen Richtlinien, gehen zu weit ins Detail, berücksichtigen die regionalen Unterschiede nicht ausreichend und können die Entwicklung in den Alpentälern gefährden.

Gemäss Art. 75 der Bundesverfassung obliegt die Raumplanung den Kantonen. Der Bund legt nur die Grundsätze fest. Die Bestimmungen und Vorgaben des Bundes – insbesondere auch die technischen Richtlinien – gehen heute aber weit über Grundsatzbestimmungen hinaus. Diese technokratische Optik über das ganze Land hinweg wird föderalistischen Gesichtspunkten aber in keiner Art und Weise gerecht.

« Die Raumplanung muss vermehrt regionale Gegebenheiten und Besonderheiten berücksichtigen! »

Die Raumplanung muss vermehrt lokale Gegebenheiten berücksichtigen. Denn der demografische Wandel, die wirtschaftlichen Entwicklungen sowie die Topographie unterscheiden sich von Kanton zu Kanton. Deshalb muss die Raumplanung flexibel bleiben und vermehrt regionale Unterschiede und Besonderheiten berücksichtigen.

Franz Ruppen, Nationalrat und Gemeindepräsident, Naters



SVP Oberwallis (SVPO) (Liste Nr. 17)



Franz Ruppen

+ Jahrgang: 1971
 + Wohnort: Naters

«Ich wähle SVP, weil die SVP für die Schweiz einsteht!»



Bernhard Frabetti

+ Jahrgang: 1973
 + Wohnort: Naters

«Ich wähle SVP, weil sich niemand sonst so konsequent für die KMU und den Mittelstand einsetzt.»



Michael Graber

+ Jahrgang: 1981
 + Wohnort: Brig-Flims

«Ich wähle SVP, weil unsere Freiheit nicht selbstverständlich ist.»



Lukas Jäger

+ Jahrgang: 1955
 + Wohnort: Turtmann

«Ich wähle SVP, weil die SVP die einzige Partei ist, welche die aktuellen Probleme der Schweiz anspricht und geradlinig auf Lösungen im Interesse unseres Landes zugeht.»



Michael Kreuzer

+ Jahrgang: 1988
 + Wohnort: Visp

«Ich wähle SVP, weil die SVP die einzige Partei ist, welche sich entschlossen für die Unabhängigkeit, Freiheit und direkte Demokratie der Schweiz einsetzt.»



Prisca Salzmann-Lochmutter

+ Jahrgang: 1968
 + Wohnort: Raron

«Ich wähle SVP, weil Traditionen, Selbstbestimmung, Freiheit und Sicherheit für mich sehr wichtig sind.»



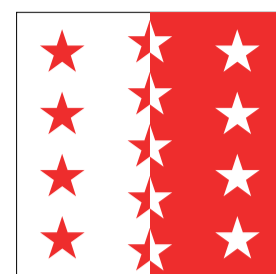
Fabian Zurbriggen

+ Jahrgang: 1973
 + Wohnort: Saas-Fee

«Ich wähle SVP, weil der Staat die Eigenverantwortung fördern und unsere Freiheit und Selbstbestimmung schützen soll. Und weil mir unsere Kultur und Tradition am Herzen liegen.»



SVPO – Wirtschaft, Gewerbe und Tourismus (Liste Nr. 18)





Andreas Birrer

 Jahrgang: 1975
 Wohnort: Varen

«Ich wähle SVP, weil sie sich für optimale Rahmenbedingungen für die KMU einsetzt.»





Katja Bumann Piechnick

 Jahrgang: 1971
 Wohnort: Saas-Grund

«Ich wähle SVP, weil die Schweiz ihre Identität behalten soll.»





Christian Gasser

 Jahrgang: 1978
 Wohnort: Brig-Glis

«Ich wähle SVP, weil der Zeitpunkt gekommen ist, für unsere Heimat, unsere Werte und unsere Freiheit einzustehen.»





Oskar Henzen

 Jahrgang: 1957
 Wohnort: Steg-Hohtenn

«Ich wähle SVP, weil sie für eine unabhängige und sichere Schweiz einsteht und sich für die Erhaltung unserer Werte einsetzt.»





Beno Kippel

 Jahrgang: 1987
 Wohnort: Gampel

«Ich wähle SVP, weil sie eine klare Linie fährt und vor sowie auch nach den Wahlen ihre Grundsätze vertritt.»





Damian Walker

 Jahrgang: 1972
 Wohnort: Bitsch

«Ich wähle SVP, weil mir die Sicherheit der Schweiz wichtig ist – Oberst Walker.»



Patric Zimmermann

 Jahrgang: 1979
 Wohnort: Obergoms (Ulrichen)

«Ich wähle SVP, weil die SVP für einen starken Wirtschaftsstandort und für Heimat steht. Sie ist volksnah, direkt, modern.»



SVPO – Frauen (Liste Nr. 19) Junge SVPO (Liste Nr. 20)



Ursula Abgottspon

+ Jahrgang: 1971
 + Wohnort: Zermatt

«Ich wähle SVP, weil wo Schweiz draufsteht, steckt auch Schweiz drin.»



Jasmin Berchtold-Verasani

+ Jahrgang: 1980
 + Wohnort: Brig-Glis

«Ich wähle SVP, weil die Familie auch in Zukunft ihre Rolle als tragende Säule der Gesellschaft spielen soll.»



Daniela Pollinger-Williner

+ Jahrgang: 1972
 + Wohnort: St. Niklaus

«Ich wähle SVP, weil sie die einzige Partei ist, welche für Eigenverantwortung statt Bevormundung steht.»



Joel Eyer

+ Jahrgang: 1992
 + Wohnort: Bitsch

«Ich wähle SVP, weil sie sich für tiefere Steuern, Abgaben und Gebühren für alle einsetzt.»



Manuel Furrer

+ Jahrgang: 1993
 + Wohnort: Eisten

«Ich wähle SVP, weil ich mich und meine Persönlichkeit am einfachsten mit den Zielen und Stärken der SVP in Verbindung bringen kann.»



Simon Gasser

+ Jahrgang: 1992
 + Wohnort: Visp

«Ich wähle SVP, weil ich unseren Nachkommen eine Schweiz hinterlassen will, wie ich sie seit jeher kenne und nicht wie die EU sie haben will.»



Diego Schmid

+ Jahrgang: 1991
 + Wohnort: Raron

«Ich wähle SVP, weil mir die Schweiz mit all ihren Eigenheiten und Traditionen am Herzen liegt.»



Damian Signorell

+ Jahrgang: 1991
 + Wohnort: Leuk-Susten

«Ich wähle SVP, weil sie eine konsequente Ausländer- und Asylpolitik betreibt.»



Ständeratswahlen: KREUZER / FAUCHÈRE, Än klaari Linnia für das Wallis, für die Schweiz

Auf das Wallis und die Schweiz kommen in den nächsten Jahren grosse Herausforderungen zu. Es braucht eine Politik, die „Än klaari Linnia“ erkennen lässt und die Interessen des Wallis und der Schweiz an erste Stelle stellt. Mit Michael Kreuzer und Cyrille Fauchère stellen sich für die SVP zwei Persönlichkeiten zur Wahl in den Ständerat, welche fundierte persönliche, politische und berufliche Erfahrungen mitbringen.

In den vergangenen Jahren hat die SVP einen starken Zuwachs an Wählern im Kanton Wallis verzeichnen können und gehört heute zu den etablierten Parteien. Mit dem geplanten Rahmenvertrag mit der EU wollen der Bundesrat und die mitte-links Parteien die Schweiz an die EU anbinden und fremden Richtern unterstellen. Die beiden SVP Ständeratskandidaten Michael Kreuzer und Cyrille Fauchère lehnen einen solchen Rahmenvertrag klar ab. Unabhängigkeit, Freiheit und die direkte Demokratie der Schweiz stehen an erster Stelle!

Selbstbestimmung ist zentral

Nur wer frei ist, selbst zu entscheiden, hält seine Zukunft in den eigenen Händen. Die Schweiz darf nicht zum Spielball der EU werden und muss mit mehr Selbstbewusstsein der EU gegenüber auftreten. Doch bei einer Annahme des nun vorliegenden Rahmenvertrags wäre die Schweiz verpflichtet sich änderndes EU-Recht zu übernehmen. Die Unabhängigkeit der Schweiz ist somit stark gefährdet und bereits heute erleben wir, wie Volksentscheide nicht mehr umgesetzt werden. Sowohl im Nationalrat, wie im Ständerat zählt jede Stimme!

«Die Schweiz darf nicht zum Spielball der EU werden.»

Es ist deshalb notwendig, dass die SVP in jedem Kanton auch für den Ständerat kandidiert und somit ihrer Wählerschaft, sowie allen Walliser Wählerinnen und Wählern eine Alternative bietet, welche ein klares Bekenntnis gegen ein Rahmenabkommen mit der EU und für die Unabhängigkeit der Schweiz beinhaltet. Gemeinsam wollen wir dies mit unseren Kandidaturen von Michael Kreuzer und Cyrille Fauchère auf einer gemeinsamen Liste der SVP/UDC bieten.

Ein gemeinsames Programm «Än klaari Linnia»

An der Bekanntgabe der Ständeratskandidatur haben Michael Kreuzer und Cyrille Fauchère ein umfassendes Wahlprogramm präsentiert. Als Team, ein Walliser aus dem französischsprachigen Kantonsteil, ein Walliser aus dem deutschsprachigen Kantonsteil, wollen Kreuzer und Fauchère gemeinsam auftreten und gemeinsame Werte vertreten und Ziele verfolgen. Sie bekennen sich zum Wahlprogramm der SVP Schweiz, wollen aber für die Ständeratskandidatur einige Punkte als Kernanliegen positionieren.

Mehr Sicherheit – Kandidaten mit Leistungsausweis

Als Gemeinderäte und Polizeipräsidenten von Visp und Sitten setzten sich Michael Kreuzer und Cyrille Fauchère seit Jahren intensiv und erfolgreich für

mehr Sicherheit im öffentlichen Raum ein. Im Oberwallis zeigt sich dies u.a. mit der Regionalisierung der Gemeindeführungsstäbe in der Region Visp, mit dem Aufbau eines umfangreichen öffentlichen Netzes an AED/Defibrillatoren

arbeit der Kantons- und Gemeindepolizeien konnten massgebliche Straftaten im Oberwallis aufgeklärt und die Täter rasch verhaftet werden. Denn Sicherheit ist die Grundlage der Freiheit und des Wohlstands. Alle Bür-

mus im Wallis absolut zentral ist. Ein asiatischer Tourist, der im Zug oder am Bahnhof bestohlen wird, wird sich überlegen, ob er nochmals in die Schweiz reisen soll.

Auch deshalb muss der organisierten Kriminalität, welche oft von ausländischen Banden ausgeht, konsequent den Kampf angesagt werden. Das heutige Strafrecht ist zu lasch und wird von den Richtern zu milde angewendet! Dem muss mit einer Verschärfung und mehr und höheren Mindeststrafen im Strafrecht begegnet werden.



Michael Kreuzer im Verfassungsrat

toren in der Feuerwehrregion Visp, in der erhöhten Polizeipräsenz in Visp, sowie der deutlich intensivierten Zusammenarbeit der Kommunalpolizeien von Visp, Brig-Glis und Naters. Zudem konnte mit der Ausweitung der Polizeiarbeit auf die Gemeinde Balt-schieder in der Region Visp ebenfalls eine Regionalpolizei geschaffen werden, während in Sitten, wo Cyrille Fauchère als zuständiger Polizeipräsident amtiert, die Stadtpolizeien Sitten und Siders fusioniert werden. Auch der Ausbau und die Erweiterung der Videoüberwachung wurde unter Führung von Kreuzer in Visp vorangetrieben. Mit Erfolg: Dank Videoüberwachung und guter Polizei-

gerinnen und Bürger wollen sich frei und sicher in der Schweiz bewegen können. Nur so können wir langfristig unseren Wohlstand und unseren guten Ruf in der Welt als freies, sicheres Land, bewahren, was gerade für den Tour-

«Auch der Ausbau und die Erweiterung der Videoüberwachung wurde unter Führung von Kreuzer in Visp vorangetrieben.»

Ausländische Kriminelle sind, so wie es das Volk bei der Annahme der Ausschaffungsinitiative wollte, konsequent des Landes zu verweisen. Insbesondere aber auch bei Gewalt- oder Sexualdelikten sind die milden Strafen erschreckend. Bei ausländischen Tätern wird zudem viel zu oft die Härtefallregel angewendet und die Täter dürfen trotz angenommener Ausschaffungsinitiative in der Schweiz bleiben.

Mehr Freiheit, tiefere Steuern und weniger staatliche Vorschriften

Die Schweiz reguliert sich zu Tode. Der Staat mischt sich in immer mehr Be-

«Tiefe und mittlere Einkommen profitieren damit von einer Steuerreduktion von bis zu 15%!»

lange der Bürger ein und erlässt Vorschriften und Verbote, wo es keine braucht. Die SVP steht für weniger Staatsbevormundung und mehr Freiheit des einzelnen Bürgers.

Zudem belastet die ständig steigende Bürokratie die Wirtschaft, insbesondere auch den Tourismus im Wallis. Die Wirtschaft braucht nur so viele Vorschriften, wie unbedingt nötig. Dies schafft Arbeitsplätze und holt Investoren in die Schweiz. Steuern, Abgaben und unnötige Gebühren belasten zudem Bürger und Wirtschaft. Hier muss sowohl kantonal, wie national Gegensteuer gegeben werden.

Kantonale Volksinitiative «Steuerentlastung – apacku»

Taten sind besser als Worte oder Versprechungen vor den Wahlen. Unter dem Präsidium von Nationalrats- und Ständeratskandidat Michael Kreuzer hat sich im Wallis ein Initiativkomitee gegründet, welches eine kantonale Volksinitiative zur Senkung der kantonalen Einkommenssteuer lanciert hat. Mit der Initiative sollen steuerbare Einkommen unter 50'000 Franken mit 15%, steuerbare Einkommen unter 100'000 Franken um 10% und steuerbare Einkommen darüber um 5% bei der kantonalen Einkommenssteuer entlastet werden. Tiefe und mittlere Einkommen profitieren damit von einer Steuerreduktion von bis zu 15%! Die Gemeindefinanzen werden dabei nicht tangiert. Die Walliserinnen und Walliser hätten damit pro Jahr rund 55 Millionen Franken mehr Geld in der Tasche (gemäss Zahlen des Steuerjahres 2016). Zudem würde dies ein klarer Impuls für die Walliser Wirtschaft bedeuten und dieser über die Jahre hunderte von Millionen an zusätzlichem Umsatz generieren. Die Initiative kann unterschrieben werden unter: www.steuerentlastung-apacku.ch

Tourismus im Fokus

Der Tourismus ist im Wallis und in der Schweiz ein absolut zentraler Wirtschaftsfaktor. Deshalb muss ein besonderer Fokus auf den Tourismus gesetzt werden. Kreuzer und Fauchère streben deshalb ein eidgenössisches Massnahmenpaket für den Tourismus an, welches u.a. folgendes beinhaltet:

- Senkung des MwSt Satzes in der Hotellerie von 3.7% auf 2.7%.
- Senkung des MwSt Satzes für Speisen und nicht alkoholische Getränke in Restaurants von 7.7% auf den Sondersatz von 3.7%.
- Weiterer Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (Schiene und Strasse).

Weitere Informationen zu den beiden Kandidaten finden Sie unter: www.michael-kreuzer.ch www.cyrillefauchere.ch/

SVP Oberwallis im Grossen Rat STOPP DER REGULIERUNGSWUT!

Eine absurde Bürokratie mit einer Flut von Paragraphen und Verboten wütet nicht nur in Bundesbern, sondern auch im Walliser Kantonsparlament.



In letzter Zeit fanden im Grossen Rat hirnrissige Ideen ebenso Zuspruch wie absurde Verbote: so verlangte Mitte-Links einen autofreien Sonntag, verbot die Gratisabgabe von Plastiksäcken, forderte Mobilitätskonzepte für Velorouten, beschloss ein Marketing-Verbot an Schulen, wollte Kadermitarbeiter in Kurse zur Sensibilisierung von sexueller Belästigung schicken und befürwortete eine Bonus-Malus-Praktik bei der Motorfahrzeugsteuer. Dieser staatliche Aktionismus behindert die Lebensgestaltung und die Eigenverantwortung der Walliser Bürgerinnen und Bürger. Ein solcher staatlich verordneter, bürokratischer Leerlauf, die unnötigen Verbote und die zunehmende Bevormundung schaden unserem Kanton. Wichtige Anliegen, welche der Oberwalliser Bevölkerung wirklich etwas gebracht hätten (wie etwa der wintersichere Ausbau der Strasse Täsch-Zermatt), waren hingegen chancenlos. Chancenlos, weil Oberwalliser Anliegen bei der CVP Unterwallis und bei der FDP auf taube Ohren stossen. Viel lieber liefern sich diese Parteien im Kantonsparlament einen Wettlauf mit den Linken punkto Staatsgläubigkeit und Bevormundung. Mit Verweis auf Regelungen und Institutionen in Genf

und der Waadt wird im Wallis munter nachgeäfft, was diese beiden Kantone schon längst installiert haben: Den totalen Staat. Nur die SVP befürwortet einen schlanken Staat und ist gegen immer neue Gesetze und Verbote. Umso wichtiger, dass Sie, werte Walli-

serinnen und Walliser, am 20. Oktober bei den National- und Ständeratswahlen unseren Kandidatinnen und Kandidaten Ihr Vertrauen aussprechen und damit ein Zeichen für Freiheit und Eigeninitiative setzen.

Michael Graber, Fraktionschef SVP Oberwallis

Frei und sicher!

SVP wählen.

www.svpo.ch



So wählen Sie im Kanton Wallis richtig!



1. Öffnen Sie Ihr Stimmcouvert, darin finden Sie folgendes Material:

- Block mit vorgedruckten Nationalratskandidaten-Wahlzettel (Listen)
- Ständeratswahlzettel
- Zwei kleine Couverts mit den Beschriftungen «Nationalratswahlen» und «Ständeratswahlen»
- Stimmrechtsausweis

2. Wählen Sie Ihre Nationalrätinnen und Nationalräte:

Trennen Sie die SVP-Liste Ihrer Wahl (Nr. 17 **oder** Nr. 18 **oder** Nr. 19 **oder** Nr. 20) vom Wahlzettel-Block ab. Nur **eine** SVPO-Nationalratsliste nehmen!

3. SVP-Nationalratsliste ins kleine Couvert «Nationalratswahlen»:

Legen Sie die SVP-Liste Ihrer Wahl (Nr. 17 **oder** Nr. 18 **oder** Nr. 19 **oder** Nr. 20) unverändert ins kleine Couvert mit der Beschriftung «Nationalratswahlen».

4. Wählen Sie Ihren Ständerat:

Nehmen Sie den Ständeratswahlzettel der SVP/UDC zur Hand.

5. Ständeratsliste ins kleine Couvert:

Legen Sie die Ständeratsliste unverändert ins kleine Couvert mit der Beschriftung «Ständeratswahlen».

6. Stimmrechtsausweis unterschreiben:

Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis.

7. Alles ins grosse Couvert:

Beide kleinen Couverts und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen, so dass die Adresse der Gemeinde im Sichtfenster zu sehen ist. Frankieren Sie das Couvert. Und dann ab in die Post oder Einwerfen bei Ihrer Gemeinde.

8. Abschicken:

Couvert bis spätestens **17. Oktober** per A-Post aufgeben oder bis **18. Oktober** bei der Gemeinde in die Urne werfen oder am **20. Oktober** ins Wahllokal gehen.



1. Stimmcouvert öffnen und Unterlagen entnehmen.



2. Nationalrats-Wahlzettel SVP Liste 17 oder 18 oder 19 oder 20 abtrennen.



3. Wahlzettel SVP Liste 17 oder 18 oder 19 oder 20 ins kleine Couvert mit der Beschriftung «Nationalratswahlen» legen.



4. Ständeratsliste der SVP/UDC zur Hand nehmen.



5. Ständeratsliste ins kleine Couvert mit der Beschriftung «Ständeratswahlen» legen.



6. Stimmrechtsausweis unterschreiben.



7. Beide kleinen Couverts und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen.



8. Couvert auf die Post oder Gemeinde bringen.

Achtung!

• Legen Sie nur **eine** Nationalratsliste ins Couvert «Nationalratswahlen» und nur **eine** Ständeratsliste ins Couvert «Ständeratswahlen», ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!

• Schreiben Sie keine zusätzlichen Bemerkungen auf den Wahlzettel, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!

• Werfen Sie das Couvert **nicht** in den Briefkasten der Gemeinde, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!

Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Gratis-Hotline: 0800 0 1291 0

Kostenlose kompetente Auskunft! Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren.

Wie wählt man richtig, wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Sonntag von 09.00 – 18.00 Uhr für Sie da. **Fragen per Mail: wahlen@svp.ch**